

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (u. a. m. d. Handelt. Stell.): Carl Misch, Berlin, Ullsteinstr. 11. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullsteinstr. 11, Amt Dönhofs (A 7) 3609-3663 für den Fernw.-kehr Amt Dönhofs 3605-3628 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 968.

Die Wahlen in Frankreich Erfolge der Reaktion / Bisher 175 Abgeordnete im ersten Wahlgang Sitzwahl in 427 Fällen

12. Paris, 23. April

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
Frankreich hat gewählt. Sehr viel interessanter, als man es aus dem Wahlkampf und der sich demontrierenden Unentschiedenheit der Wahlen während der parlamentarischen Wahlkampagne allgemein erwartet worden war. Die Stimmenergebnisse dürften sich auf kaum mehr als 20 v. H. belaufen. Die Wahlteilnahme ist also nicht sehr viel hinter die des Jahres 1924 zurückgefallen. Gewählt wurde überall in voller Ruhe, und in keinem der 612 Wahlkreise fand Zwischenfälle von irgendwelcher Bedeutung zu verzeichnen.

Bei Abgabe des Briefkastens lagen aus 602 Wahlkreisen die Ergebnisse vor. Es sehen nur noch neun Resultate aus den Kolonien und eines aus dem Inneren Corsikas aus. Die definitive Entscheidung sind im ersten Wahlgang 175, also nicht ganz ein Drittel, gefallen. Nach der vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik werden sich diese Resultate im ersten Wahlgang beinahe halbiert auf die politischen Gruppen wie folgt:

- Konervative (starke Rechte) 13.
- Republikaner (Gruppe Marin) 72.
- Christlich Republikaner 41.
- Republikanische Sozialisten der Gruppe Bouquier 15.
- Radikale Sozialisten 4.
- Sozialisten 14.
- Kommunisten 1.

Die überlieferten hohe Zahl von Mandateln, die die Reaktionsparteien im ersten Wahlgang zu erlangen vermocht haben, läßt keine Zweifel, daß die Paragrafen-Partei der nationalen Einheit entgegen allen Erwartungen und im Widerspruch mit dem von dem französischen Ministerpräsidenten selbst versetzten Ziel in erster Linie der Reaktion zugute gekommen ist.

Reinhardt hatte gehofft, die Gruppe Marin so schwächen zu können, daß er seine Mehrheit in der neuen Kammer ohne sie bilden könne. Diese Hoffnung hat sich nicht nur nicht erfüllt, sondern es ist schon jetzt kein Zweifel mehr möglich, daß die

Rechte mit nicht unbedeutlichen Verlustungen in das Parlament zurückzukehren wird.

Sehr erheblich übertrieben erscheint allerdings die Prognose eines Mittagsblattes, das in einer Berichtigung der vorausgesetzlichen parteipolitischen Zusammenfassung der neuen Kammer die blühende Seite der Rechten, das heißt der Gruppe Marin, und mit recht zu ihr schenden Fraktionssplittern, der eifrigen Radikalen, der Sozialisten, Sozialisten usw., die in der Kammer 1924 über insgesamt 138 Sitze verfügten, auf etwa 180 veranschlagt.

Diese Güter dürfte entschieden zu hoch geschätzt sein, denn die Erfahrungen der früheren Wahlen zeigen deutlich, daß die Reaktion, die vor allem in Paris, im Nordwesten und im Osten Frankreichs über eine ganze Reihe höherer Stufen hinweg, den weitaus größten Teil ihrer Mandate stets im ersten Wahlgang erheben hat, daß sie dagegen aus den Stichwahlen nicht mehr allzu viel herauszuheben vermag. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ihr diesmal die Oppositionspolitik der Kommunisten, die von Moskau strikte Diktos erhalten haben, ihre Kandidaturen im zweiten Wahlgang unter allen Umständen, das heißt auch gegen die Statuten der ausgesprochenen Einparteiisten und selbst der Sozialisten aufrecht zu erhalten, starke Erfolge in dem Stich wählen wird, auf die sie sonst nicht zu rechnen gehabt hätte. Immerhin dürfte sie die Zahl von 150 Sitzen kaum übersteigen.

Für die republikanischen Mittelparteien ist die Berechnung noch erheblich schwieriger, da es sich hier um nicht weniger als fünf verschiedene Gruppen, nämlich die Republikanische Einigkeit (Bouquier), die Vintrepublikanische (Vogelin) und die Unabhängige Einigkeit (De Troquer), die Radikale Einigkeit (Bouquier) und den ersten Flügel der Radikalen (Troquer) handelt. Sie haben im ersten Wahlgang zusammen 66 Mandate erhebt und stehen in zahlreichen Wahlkreisen in ausserordentlichem Stichwahlen. Sie dürften es nach den in den politischen Streifen angelegten Berechnungen auf reichlich 180 Mandate bringen. Für die Radikal-Sozialisten und die Republikanischen Sozialisten, die es zusammen gefasst im ersten Wahlgang nur auf 20 Sitze gebracht haben, rechnet man mit etwa 150 Mandaten, davon 100 für die Radikal-Sozialisten, den Rest für die Gruppe Bouquier und Reinhardt.

In welcher Proportion sich diese beiden Fraktionen, die Gegner und Anhänger der Nationalen Einheit, gegenüberstehen werden, läßt sich heute kaum voraussagen, da alles von der Frage der Stichwahl abhängt, und der unzureichende Erfolg der Rechten die Einparteiisten zweifellos zu einem sehr viel engeren Zusammenhalt zwingen wird, als ursprünglich vorgesehen war. Hier wie bei den Sozialisten wird ein Hauptfaktor die Haltung der Kommunisten spielen.

Da die Mosauer Oppositionspolitik in den Reihen der kommunistischen Arbeiterschaft selbst auf sehr entscheidenden Widerspruch stößt und da andererseits die Kommunisten, die getreu nicht einen einzigen ihrer Kandidaten durchgebrannt haben, selbst auf die Wahlhilfe der Sozialisten angewiesen sind.

Rufschiedspruch verbindlich

Der Reichsarbeitsminister hat nach dreitägigen Verhandlungen heute mittag den Schiedspruch im Ruhrbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Es angenommen, daß sie zum mindesten in den ausgesprochenen Industriebezirken ihre Kandidaten zugunsten der Einparteiisten zurücklegen werden.

Die härteste Entscheidung hat der gestrige Tag wohl den Sozialisten gebracht, weil mit einem Zuwachs von 20 bis 20 Mandaten gerechnet hatten und im günstigen Falle nicht mehr als neunzig Abgeordnete (gegen 114) in das Parlament zurückkehren werden. Ingeordnetlich dezimiert hat in ihren Reihen die Niederlage gewirkt, die ihr Führer, Leon Blum, in einem der Pariser Arbeitervereine erlitten hat, wo er mit 6000 Stimmen gegen 7500 kommunistischen und etwa ebenso vielen rechtsbürgerlichen im Finstertreffen geblieben ist. Blum, der schon gefahren erklärt hat, daß er zugunsten der Kommunisten zurücktreten werde, wußte er unter diesen Umständen mit hilfsreicher Wahlhilfe gegen einen anderen Arbeiterkandidaten kämpfen würde, weil also, bis eine Entscheidung über einen anderen Wahlkreis für ihn freimacht, aus dem Parlament ausgeschlossen bleiben.

Von dem Mitglied des Kabinetts Reinhardt im ersten Wahlgang gewählt worden; der Außenminister Briand, der Arbeitsminister Zardine, der Unterrichtsminister Berriot, der Marineminister Vogelin, der Postminister Marin und der Handelsminister Bouquier, dessen Wahl durch die kommunistischen Einheiten und durch den Ministerpräsidenten Cotte und Le Veir, fast gefehlt ersehen, der aber trotzdem mit der knappen Mehrheit von kaum zwei Hundert Stimmen das Rennen gemacht hat. Ein geführter Stichwahl haben der Kriegsminister Pointe, dem nur etwa 60 Stimmen zur absoluten Majorität gefehlt haben, und der Landwirtschaftsminister Ducloux. Dagegen ist der Arbeitsminister Fallières fast gefehlt.

Von bekannten politischen Führern haben gefahren ihr Mandat wieder erhalten der bisherige Kammerpräsident Bouffier, französische Delegierter im Völkerbund, Paul Doumer, der ehemalige Kriegsminister des Nationalen Wades, Maginot, der Finanzminister Espagnou der Sozialisten, Vincent Auriol, die Sozialisten de Brodeur und Francis Bonnet in den Reihen, sowie der Baron von Reichardt. Unterlegen sind u. a. der frühere Senator Dauffe und der Bekannte des „Reit Parfums“ Dupuy, trotz der Millionen, die er für seine Wahlpropaganda ausgegeben haben soll.

Es zeigt deutlich werden die Erfolge der Autonomisten im Stich, denn es gelangen ihr, eine ganze Reihe von Radikalen, deren Sieg man im ersten Wahlgang für sicher gehalten hat, darunter der Sozialisten Vertreter, Blum und Gramand, in die Stichwahl zu bringen. So hat er Reichardt auf 5100, Hoff auf 8494 und der verheiratete Kauf, der Sohn des ehemaligen deutschen Staatssekretärs, auf 6832 Stimmen gebracht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es der eine oder andere von ihnen mit kommunistischer Hilfe auf ein Mandat bringen kann, doch wird man sich auch in diesem Falle hüten müssen, die politische Bedeutung dieser in erster Linie durch die Verteilung, die die Oppositionspolitik der Regierung zu erfüllende Protesthandlung zu überschätzen.

Doriot's Empfangsfest im Gefängnis

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“
Paris, 23. April
Die Entlassung des wiedererhafteten kommunistischen Abgeordneten Doriot ins Gefängnis (siehe Seite 1), wie berichtet wird, zu einer kleinen Empfangsfest, die ihm seine gefangenen kommunistischen Kollegen bereiten. Beim Eintreffen Doriot in der politischen Abteilung wurde er mit 6000

Tritt Reudell zurück?

Die Drohung mit der „Demission“

Am Dienstag nachmittag tritt der Ständige Ausschuss zusammen, der mit Artikel 123 für die Zeit außerhalb der Sitzung mit einer Wendung einer Wahlperiode, oder der Auflösung des Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages zur Wahrung der Rechte der Vollversammlung gegenüber der Reichsregierung eingetritt ist.

In diesem sogenannten „Leberbedingungsausschuss“ wird morgen die Bekämpfung des Weidgeneminierrers Dr. v. Reudell betreffend das Verbot des Noten-Frontkämpfens verhandelt werden. Die Väterregierungen, die es — mit alleiniger Ausnahme von Bayern — abgelehnt haben, dem Ersuchen des Reichsministeriums zu entsprechen und das Verbot zu erlassen, werden in dieser Sitzung vertreten sein, nicht aber die Reichskonsul. Der Reichskonsul ist in der Schweiz auf Urlaub, also persönlich verhindert. Er wird sich aber auch nicht vertreten lassen, und diese Unterlassung ist eine gewollte Demonstration, nicht etwa gegen den Ständigen Ausschuss, sondern gegen Herrn v. Reudell. Dadurch, daß der Reichskonsul und die übrigen Mitglieder des Kabinetts, ausgenommen vielleicht die Delegationen, einer offiziell bedeutsamen Behandlung fern bleiben, wollen sie vor der Öffentlichkeit betonen, daß sie jene Gemeinwesen in dem Ersuchen des Reichsministeriums absehen und die Beratungen Dr. v. Reudell allein überlassen, der seine Verfügung auch gegen den Widerspruch des Reichskonsuls und der Mehrheit des Reichstages hinausgeschoben hat. Herr v. Reudell wird also morgen ein Kleinsehen.

Es ist anzunehmen, daß in der Sitzung des Ständigen Ausschusses die Vertreter der Länderregierungen die Gründe darlegen

werden, aus denen sie gegen die Bekämpfung des Reichsministeriums die Entscheidung des Reichstages ansetzen haben. Es ist aber auch gewiß, daß im Reichstag selbst höchste Anteil an dem Erfolg geübt werden wird, und zwar von allen Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, die das Vorgehen des Dr. v. Reudell zwar durchaus nicht reflexlos billigen, aber schon des Parteiprejudizes willen ihn nicht fallen lassen wollen.

Da ein ausserordentliches Wahlgesetz antrag eingebracht und Annahme finden wird, wobei hauptsächlich, aber mit Sicherheit zu erwarten ist eine überwälzliche Mehrheit für einen Antrag, durch den der Reichsminister erklärt wird, seinen Ertrag zurückzugeben. Wird Herr Dr. v. Reudell aus einem solchen zurückgehenden des Ständigen Ausschusses die Folgerung ziehen und zurücktreten? Aus durchaus gläubiger Quelle stammt die Nachricht, daß Dr. v. Reudell im Kabinett mit seiner Demission gedroht habe, falls der Fall, daß ein formeller Beschluß gegen das Verbot des Noten-Frontkämpfens gefasst werden sollte. Auf diese Drohung lie es zurückzuführen, daß im Kabinett von einer Beschlußfassung abgesehen und Dr. v. Reudell lediglich die Auffassung der Kabinettsmitglieder kundgegeben wurde, daß sie aus innen- und außenpolitischen Gründen das beschriebene Verbot für unwirksam halten. Der Ständige Ausschuss des Reichstages wird nicht so leichtfertig sein, mit dem Kabinett, und vor einem abweichenden Ratum nicht zurückzugehen. Es bleibt abzuwarten, ob Dr. v. Reudell seine Demissionsandrohung verwirklichen oder sich fügen, die Verfügung zurückziehen und im Amt bleiben wird, bis die Wähler ihm die Ausgenugung gezeigt haben.

Daß der Erfolg an die Länderregierungen zurückgegeben werden muß, wenn der Ständige Ausschuss es mit Mehrheit verlangt, ist nach der Verfassung selbstverständlich.